

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 8, 19. April 2001

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 2511 62 49
Blz: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

Einblicke

Verbot mit Lücke

Von Helmut Lölhöff

Mit dem Verbot der Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) ist die am straffsten organisierte militante Neonazigruppe lahm gelegt worden. Es war logisch, dass das sächsische Innenministerium dieses Verbot gerade jetzt vollzog. Kurz zuvor hatten Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung ihre Verbotsanträge gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Und wenige Tage vorher hatte das Berliner Parlament einen Antrag verabschiedet, in dem der Wille bekräftigt wurde, beim Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht nachzulassen. Vor diesem Hintergrund wäre es widersprüchlich gewesen, die üble Skinheadtruppe SSS unbehelligt zu lassen. Der Staat muss durch aktives Handeln zeigen, dass er es ernst meint mit dem, was er sagt.

Propaganda, Menschenjagd, militärische Übungen, Waffenlager, Organisationsstrukturen nach nationalsozialistischem Muster, die SSS hatte alle Merkmale einer kriminellen Vereinigung. Rund 120 Mitglieder und schätzungsweise 200 jederzeit mobilisierbare feste Sympathisanten waren zwar keine Volksbewegung, und der Operationsraum dieser fanatischen Neonazi-Kämpfer war begrenzt. Aber die straffe Führung und die dauerhafte Präsenz der vor fünf Jahren gegründeten SSS wurden so bedrohlich, dass ein Einschreiten unausweichlich war. Nun werden sie sich wahrscheinlich im Untergrund sammeln oder in neuen Kameradschaften formieren. Zu beobachten ist, ob sie auch künftig als Partner der NPD, besonders als Saalschützer und Wahlkampfhelfer für Uwe Leichenring, Stadtrat im sächsischen Königstein, antreten. Die Verbindungen von SSS und NPD waren jedenfalls offenkundig und so dicht belegbar, dass sie Teil des Materials sind, mit dem die Bundesregierung ihren NPD-Verbotsantrag begründet.

So weit ist alles eindeutig und folgerichtig. Aber es gibt eine ärgerliche Lücke im System: Noch zehn Tage nach dem Verbot war im Internet die Startseite der SSS offen.

Totgesagte leben lange

Ob mit dem Verbot der Skinheads Sächsische Schweiz die Strukturen der Organisation tatsächlich zerschlagen sind, muss sich noch weisen.

Seite 2 ■

Aufruf zur Gewalt

Auf einer seit Jahresbeginn kursierenden CD wird mehreren Prominenten und Polizeibeamten der Tod angedroht.

Seite 3 ■

Für „Heimatschutz“

Neonazis wollen in der Anti-Castor-Protestbewegung mitmischen.

Seite 4 ■

Lokalismus-Konzept

Die französische „Neue“ Rechte um Alain de Benoist will den Widerstand gegen die weltweite Homogenisierung auf lokalem Niveau.

Seite 6 ■

KZ zu verscherbeln

Der Bund bietet das Schloss Lichtenburg in Sachsen-Anhalt, eines der ersten Konzentrationslager des NS-Regimes, zum Kauf an.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Trotz Verbot nicht tot**

Die Skinheads Sächsische Schweiz sind verboten. Fraglich ist aber, ob sie damit wirklich verschwunden sind.

Die Skinheads Sächsische Schweiz seien zerschlagen, verkündeten Verfassungsschutz und Landeskriminalamt nach der Großrazzia Ende Juni vergangenen Jahres (vgl. BNR 14/00). LKA-Sprecher Lothar Hofner war sich nach der Aktion sicher, dass mit der Überprüfung der Computer-Festplatten „die Organisation zerschlagen werden“ könne. „Wir wollen zeigen, was dort wirklich abläuft“, meinte er. Sachsens Verfassungsschutzchef Reinhard Boos strahlte Zuversicht aus, diese Durchsuchung werde „im Hinblick auf die Abschreckung nicht wirkungslos“ bleiben. Drei Monate später wurde mit einer weiteren Durchsuchung nachgefasst.

Die Vorbereitungen dazu lagen bei der im Mai 1999 gegründeten LKA-Sonderkommission Elbsandstein, wenige Tage nach der Beantwortung einer Kleinen Anfrage vom März. Darin hatte der sächsische PDS-Landtagsabgeordnete Uwe Adamczyk die Verbindungen zwischen SSS und NPD dargelegt, sowie aus einem Interview der Band „14 Nothelfer“, die auch personelle Verbindungen zur SSS hat, zitiert. Darin ist von Verflechtungen einzelner Gruppierungen wie Blood&Honour oder White Warrior Crew Sebnitz mit NPD und SSS die Rede.

Nach der ersten Durchsuchungsaktion, bei der hauptsächlich Computer, Schriftstücke, Propagandamittel, aber auch Waffen und Munition festgestellt wurden, gab es aus der Szene Unterstützung. Für die NPD waren die Durchsuchten mit den Verfolgten in Nazi-Deutschland identisch, auf der Homepage des Kreisverbands Dresden schrieb ein A.K., dass „systemkritische und volkserhaltende Aktivitäten“ vom Staat massiv bekämpft würden. Er rief zu einem Spendenkonto für Familie J. auf. In der Garage von Herrn J. waren ein umfangreiches Waffenlager sowie Sprengstoff sichergestellt worden. Der Vater, ein angesehenes Mitglied im Gemeinderat für die Freien Wähler, nahm die Schuld auf sich. Seine Söhne Matthias und Roland, früher bei der Ende 1994 verbotenen Wiking-Jugend, gehören der Quasi-Nachfolgeorganisation SSS an. Ebenfalls aus der Wiking-Jugend kommt

Michael Wiegand, heute zusammen mit Uwe Leichsenring Stadtrat in Königstein. Neben den personellen gibt es inhaltliche und organisatorische Überschneidungen. Die von Ex-Mitgliedern der Wiking-Jugend gegründeten Organisationen SSS sowie SSS/AO sind darauf ausgerichtet Jugendliche anzuwerben, mit Sonnenwendfeiern und Waffenübungen an sich zu binden, bei gleichzeitiger strenger Organisation (Führer, Mitglieder, Anwärter) und minimalstem Informationsfluss. Anwärtern wird die Satzung vorgelesen, die anschließend verbrannt wird. Probeauftrag zum Beweis der Mitgliedswürdigkeit ist zum Beispiel das Organisieren eines Skinkonzertes.

SSS und SSS/AO, die beide Anfang des Jahres ihre Auflösung bekannt gaben, um sich als Nationaler Widerstand Pirna wieder zurückzumelden, haben sich auch zuvor nicht einschüchtern lassen. Unklar bleibt daher die Auswirkung des Verbotes. Der sächsische Innenminister Klaus Hardraht, der am 3. April das drei Tage später verkündete Verbot unterschrieben hatte, erklärte auf einer Pressekonferenz, es ginge um ein Zeichen sowohl an die rechte Szene als auch an das Ausland, dass derlei Treiben in Sachsen nicht geduldet werde. Warum es allerdings nicht wieder so passieren wird, wie nach dem Verbot der Wiking-Jugend, konnte er nicht sagen. Strafrechtliche Konsequenzen werde es, wenn überhaupt, nur für den Bruchteil des mehrere hundert Personen umfassenden Mitglieder- und Sympathisantenkreises geben. Gegen die Anfang 1996 gegründeten Skinheads Sächsische Schweiz, die seit 1998 überwacht werden, kam es erst nach der parlamentarischen Anfrage vom März 1999 zu Aktivitäten. Das Verbot war keine Überraschung. Wie zuvor schon bei der Wiking-Jugend, wurde es oft und laut genug angekündigt.

Die SSS war ein zumindest hingenommener Ordnungsfaktor in der Region. Sie stellte aber auch eine permanente physische Bedrohung für alle dar, die nicht in das Weltbild eines ordentlichen und übersichtlichen Vorgartens passten. Neben Propaganda- und Landfriedensbruchdelikten, gehen ungezählte Körperverletzungen leichter, mittlerer und schwerer Art auf das Konto dieser Organisation. Eines der bekanntesten Daueropfer ihrer Überfälle ist der „Antalya-Grill“ beziehungsweise dessen Personal in Pirna. Lothar Hofner vom LKA meinte im vergangenen Jahr: „Die SSS trifft den Nerv der Gesellschaft in dieser Region“. Die Sächsische Schweiz ist mit dem Verbot der Organisation jedenfalls kein befriedetes Gebiet. *Lukas Kilian*

Aktivitäten

Aufruf zum Terror

Die braune Szene wird zunehmend militanter. Die „White Aryan Rebels“ rufen zum Mord an Personen auf. Nach Ansicht der Behörden ist die Gefahr der Eskalation rechter Gewalt angestiegen.

Eine neu aufgetauchte Band „White Aryan Rebels“ (Weiße Arische Rebellen) droht auf ihrer seit Jahresanfang kursierenden CD „Noten des Hasses“ mehreren Prominenten sowie Berliner Polizisten den Tod an. In dem Song „Die Kugel ist für dich“ werden unter anderen die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth, Michel Friedman, stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden, der Schriftsteller Stefan Heym sowie die Fernsehstars Alfred Biolek, Mo Asumang, Lilo Wanders und Hella von Sinnen genannt.

Namentlich erwähnt werden auch zwei Beamte der Berliner Polizei-Spezialeinheit PMS (Politisch Motivierter Straßengewalt), die in der Szene besonders verhasst ist. Nach Ansicht der Sicherheitsbehörden hat nun das Erscheinen der CD „die latente Gefahr“ erhöht, dass ein gewaltbereiter Rechtsextremist austrastet und als Vollstrecker in Aktion tritt“.

Die Behörden verweisen auf die Gewaltdiskussion in der Szene und das Beispiel des Berliners Kay Diesner. Der Neonazi putschte sich im Februar 1997 mit rechter Musik auf und schoss dann im Berliner Bezirk Marzahn den Buchhändler Klaus Baltruschat zum Krüppel. Vier Tage später ermordete Diesner in Schleswig-Holstein den Polizisten Stefan Grage und verletzte einen Kollegen schwer.

Die im Januar aufgetauchten „White Aryan Rebels“ haben in der rechtsextremen Szene reichlich Erfolg, obwohl sie bislang nicht aufgetreten sind. Nach Schätzung der Behörden sind bereits mehr als 1000 „Noten des Hasses“ im Umlauf. Auf der CD finden sich neben dem Aufruf zum Mord an Prominenten und Polizisten auch Songs, in denen Schwarze und Juden beschimpft sowie NS-Verbrecher glorifiziert werden. Wer die CD produziert hat und wie die Bandmitglieder heißen, ist nicht bekannt. Der Tonträger wurde, wie in der Szene üblich, konspirativ hergestellt, möglicherweise im Ausland. Kuriere transportieren die CDs zu Vertrauensleuten der Szene, die sie in ihrer Region vertreiben.

Das Bundeskriminalamt und alle Landeskriminalämter haben sich eingeschaltet, doch ist bislang nur einmal die Sicherstellung von „Noten des Hasses“ gelungen. In Potsdam wurde im Februar eine bekannte Szenegröße abgefangen, die Kontakte zu dem internationalen Skinhead-Netzwerk Blood&Honour unterhält. Die in Deutschland aktive „Division“ wurde im September vergangenen Jahres von Bundesinnenminister Otto Schily verboten. Eine kurz vor oder nach dem Verbot produzierte CD der Blood&Honour-Sektion Brandenburg bereitet den Sicherheitsbehörden jedoch ebenfalls Sorgen. Auf dem Cover werden die zwei Beamten der Berliner Spezialeinheit PMS und ein weiterer Polizeikommissar angefeindet. Ansonsten finden sich auf dem Sampler 16 Songs der üblichen Sorte von 14 Bands.

Die meisten dieser Rechtsrock-Gruppen stammen aus der Region Berlin-Brandenburg. Im Dezember bekamen die Sicherheitsbehörden die CD zum ersten Mal in die Hände, kurz darauf wurden in Hamburg drei Männer festgenommen. Einer war in Niedersachsen gemeldet, der zweite in Schleswig-Holstein und der dritte in Mecklenburg-Vorpommern. Polizei und Staatsanwaltschaft haben bei den Ermittlungen inzwischen den gesamten norddeutschen Raum im Blick.

Frank Jansen

„Netz 88“ online

Berlin - Die Kameradschaft Germania Berlin hat mit ihrem Internetangebot Unterschlupf bei einem neuen Homepage-Anbieter gefunden. Tagelang waren Forum und Chat der Berliner Neonazis - bundesweit lange Zeit mit die wichtigsten - nicht mehr erreichbar. Ein „Netz88“, das die Szene mit kostenlosen Subdomains versorgen will, sorgte inzwischen für Abhilfe. „Endloesung“ und „Bomber“, wie sich die Neonazis in E-Mails nennen, können nun wieder Nachrichten absondern. Offen ist, warum Forum und Chat brach lagen. Auf der Internetseite der Kameradschaft wird über einen Spitzel geklagt, intern über die Aktivitäten von Hackern. Dem Forum - dessen Betreiber den Verfassungsschutz ausnahmsweise einmal zustimmend zitieren: Forum und Sprechraum seien „die Vernetzung schlechthin“ - sind inzwischen Eigenangaben zufolge elf Neonazi-Seiten angeschlossen. Tatsächlich sind die Internet-Diskussionskreise aber längst nicht über alle diese Seiten erreichbar. *T.S.*

Aktivitäten**Für „Heimatschutz“**

Nur auf den ersten Blick ist die Beteiligung von Neonazis an Anti-AKW-Protesten erstaunlich.

Die Proteste gegen die jüngsten Castor-Transporte in das Zwischenlager waren gerade vorbei, da gab es erneut Aufregung im Wendland. Unter dem Motto „Umweltschutz ist Heimatschutz“ und „gegen Castor-Transporte und linke Gewalt“ demonstrierten am 7. April rund 150 Neonazis aus dem Umfeld der Jungen Nationaldemokraten (JN) und der so genannten Freien Nationalisten in der Innenstadt von Uelzen. Anmelder des von der Polizei weiträumig abgeschränkten Aufmarsches war der Hannoveraner JN-Funktionär Benjamin Poleck. Als Redner traten die bekannten Neonazis Thomas Wulff und Peter Borchert, der kürzlich als NPD-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein gewählt wurde, auf.

Beim Abmarsch der Neonazis kam es auf dem Bahnhof von Uelzen noch zu Auseinandersetzungen mit Antifaschisten. Zuvor hatten sich mehr als 1000 Menschen an einer vom Bündnis „Uelzen gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ organisierten Gegendemonstration beteiligt. Dort reihten sich viele der Menschen ein, die sich Ende März noch den Castor-Transporten entgegengestellt hatten. „Wir werden uns den Neonazis genauso konsequent entgegenstellen wie dem Castor“, erklärte Mitte März der Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg Wolfgang Ehmke. Damals hatten via Internet die Freien Nationalisten zu Aktionen gegen den Castor-Transport mobilisiert, um sich „mit den bodenständigen Bauern und Bürgern“ im Wendland zu solidarisieren. Für kurze Zeit geisterte das Schreckensszenario durch die Medien, dass es neben den Auseinandersetzungen um den Castor-Transport Scharmützel mit den Rechten geben könnte. Der Sprecher des Uelzener Bündnisses erklärte, dass sich die Neonazis mit ihrer Mitteilung nur in die Medien katapultierten wollten, aber wie bei ähnlichen Ankündigungen zu den Anti-Expo-Protesten nicht vor Ort sein würden. Ganz stimmte das allerdings nicht. Am 20. März rasten zwei in der Region bekannte Neonazis mit einem Auto, an dem eine Reichskriegsflagge befestigt war, in eine Anti-Castor-Demonstration und verletzten eine Person schwer. Die Freien Nationalisten di-

stanzierten sich von der Aktion und bezeichneten die Amokfahrer als „asoziale Trunkenbolde“.

Doch rechte Angriffe gegen AKW-Gegner sind schon länger bekannt. So wurden AKW-Gegner im brandenburgischen Rheinsberg im Sommer 1999 von einheimischen Neonazis bedroht. Für die für Mitte Mai angekündigten Castor-Transporte von Rheinsberg ins Zwischenlager Greifswald/Lubmin haben Neonazis sogar Schutz vor Protesten angekündigt. In dieser Region allerdings unterstützt die große Mehrheit die Castor-Transporte, anders als im Wendland. Doch auch dort unterscheiden die Neonazis zwischen „auswärtigen linken Chaoten“ die die Region unterwandern würden und den angeblich bodenständigen Wendländern, die sich nach der rechten Lesart mit ihren Protesten gegen die „Verseuchung des Grund und Bodens durch den Atom Müll“ wehren.

Nur auf den ersten Blick muss es überraschen, dass die Rechten die Anti-AKW-Proteste unterstützen. Wie Oliver Geden in seinem im Elefantenpress-Verlag erschienenen Buch „Rechte Ökologen“ nachweist, hatten in der sich Ende des 19. Jahrhunderts formierenden Ökologiebewegung völkische Strömungen schon von Anfang an einen starken Einfluss.

Auch in die im Zuge der neuen sozialen Bewegungen in Westdeutschland entstandene Umweltbewegung wirkten verschiedene rechte Strömungen von Beginn an hinein. So wurden beispielsweise in Rheinland-Pfalz Ende der 70er Jahre Grüne Listen unter führender Beteiligung der NPD gegründet. Den Westberliner Landesverband der Grünen löste die Bundespartei wegen rechter Umtriebe auf. Schon Anfang der 80er Jahre beteiligten sich die militanten Neonazis der Wehrsportgruppe Hoffmann in Uniform an Protesten gegen das Atomkraftwerk Brokdorf. Damals interessierte sich allerdings kaum jemand für die Kämpfer für die Reinheit von deutschem Blut und Boden.

Im rechten Wochenblatt „Junge Freiheit“ schreibt Anfang April eine „Lydia“ über ihre Aktivitäten als „rechte Atomkraftgegnerin“ im Wendland. Vielleicht sind ihre Sorgen über eine mögliche Enttarnung übertrieben. In der gleichen Ausgabe der „Jungen Freiheit“ äußern sich auch zwei bekannte Politiker der Bündnisgrünen, der Bundestagsabgeordnete Albert Schmidt und der niedersächsische Landtagsabgeordnete Enno Hagenah, kritisch zum Atomkurs ihrer Partei.

Peter Nowak

Aktivitäten

„Ein bisschen feiern“

Der Dortmunder Siegfried Borchardt wurde am 3. April wegen Beihilfe zur schweren Körperverletzung verurteilt

Mit einer Geldstrafe in Höhe von 1 200 DM endete am 3. April der Prozess gegen den ehemaligen nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FAP, Siegfried Roland Borchardt (47) aus Dortmund, in der Szene und den Medien als „SS-Siggi“ bekannt. Dem einstigen „Kameradschaftsführer“ der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten (ANS), „Kreisleiter“ des Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers und Gründer der Dortmunder „Borussenfront“ wurde schwerer Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen, da er am 17. November des Vorjahres bei seiner Geburtstagsfeier in Dortmund Gäste aufgefordert haben soll, Widerstand gegen die Einlass begehrende Polizei zu leisten und auch selber Hand angelegt haben soll.

Die Einsatzhundertschaft und die Feuerwehr hatten große Mühe, sich Zutritt zu dem verbarrikadierten Partyraum im Keller zu verschaffen, in dem sich über hundert Personen aufhielten, die meisten davon aus der neonazistischen Szene aus Dortmund und den angrenzenden Städten. Diesen sei nicht vermittelbar gewesen, freiwillig herauszukommen, berichtete der Einsatzleiter vor Gericht. „Es sollten die Personalien aller Gäste sichergestellt werden“, da zuvor deutlich hörbar und mehrfach „Sieg Heil“ gerufen worden sei, rechtfertigte dieser den Einsatz. Man habe deshalb die Tür aufgeflext, unter Bewurf gefährlicher Gegenstände und Einsatz eines C-Rohrs der Feuerwehr die Barrikaden abgeräumt und alle aufgefundenen Personen zur Feststellung ihrer Identität ins Polizeipräsidium gebracht. Borchardt habe zuvor mit einem Kantholz nach den Beamten gestoßen und andere Gäste zur Gegenwehr aufgefordert. Zeugen der Verteidigung widersprachen erwartungsgemäß dieser Version und beschwerten sich vor Gericht über den „sehr brutalen Polizeieinsatz.“ Man habe doch „nur ein bisschen Geburtstag feiern“ wollen.

In seinem Plädoyer hob Staatsanwalt Karlheinz Huesmann erneut die Notwendigkeit des Polizei-

einsatzes hervor, ließ aber zugleich den Vorwurf des schweren Landfriedensbruch wieder fallen und forderte trotz diverser einschlägiger Vorstrafen des heutigen Kopfes der „Kameradschaft Dortmund“ lediglich eine zehnmonatige Haftstrafe, die zur Bewährung auszusetzen sei.

Als „völlig unverhältnismäßig“ bezeichnete dagegen Verteidiger André Picker den Polizeieinsatz. Picker zählt heute zu den meistbeschäftigsten und geschätzten Strafverteidigern der extremen Rechten in Nordrhein-Westfalen. Er verteidigte unter anderem einen der Angeklagten im Wuppertaler Kemna-Prozess (vgl. BNR 2/01) und ist als Verteidiger der Arnsbergerin Maria Anna von Papen auch in den demnächst beginnenden Münchner Prozess involviert, in dem sich von Papen, der Sauerländer NPDler Christoph Schulte und weitere Neonazis wegen Mordversuchs beziehungsweise wegen schwerer Körperverletzung und schweren Landfriedensbruch verantworten müssen (vgl. BNR 3, 4/01). Selbst wenn sich Borchardt tatsächlich „gewehrt“ habe, so Picker, sei dieses nicht strafbar, da der Polizeieinsatz gesetzwidrig war. Auch sei nicht bewiesen, dass strafrechtlich relevante Parolen tatsächlich bis auf die Straße vernehmbar, also öffentlich gewesen wären.

Im Großen und Ganzen folgte das Gericht in seiner Urteilsbegründung dieser Argumentation. Ein Eindringen in Privaträume zwecks Feststellung der Personalien, gar ohne Gefahr im Verzug, richterliche Anordnung und hinzugezogene Zeugen, sei juristisch nicht haltbar gewesen. Darum sei auch der Vorwurf des Widerstands nicht aufrecht zu halten. Zudem sei gegen das Verhältnismäßigkeitsgebot verstoßen worden, da einfach nur abgewartet hätte werden müssen, bis die Partygäste von sich aus den Partykeller verlassen hätten. Die Identifizierung des Täters in einer Gruppe von hundert Personen sei nahezu aussichtslos gewesen. Außer zwei Beamten des Polizeilichen Staatsschutzes Dortmund und Borchardts Gästen hätte auch niemand die wenige Male skandierten Parolen gehört. Ein gesetzwidriger Einsatz legitimiere jedoch nicht dazu, Polizeibeamte mit Flaschen und Latten anzugreifen. Borchardt habe seine Gäste hierzu zumindest ermuntert. Letztendlich verurteilte ihn das Gericht deswegen wegen Beihilfe zur schweren Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen à 10 Mark. Es bleibt noch die Frage, wer denn für die 40 000 Mark Sachschaden in dem völlig zerstörten, angemieteten Partykeller aufzukommen hat.

Rolf Krehle

Hintergrund**„Mikropolitik“**

Die französische „Neue“ Rechte will mit einer Art zugespitztem Regionalismus, dem „Lokalismus“, auf die Globalisierung antworten.

Das Ganze - als Symbol der Ordnung - steht seit jeher im Mittelpunkt aller Entwürfe der extremen Rechten. Die einschlägigen Staatstheorien kreisen in der Regel um das ideologische Konstrukt der Nation. Dieser „integrale Nationalismus“ (Maurice Barrès) wird höchstens gelegentlich unterbrochen durch Überlegungen, die über die Nation hinausweisen, sei es in Form der Großraumpolitik (Carl Schmitt) oder in der Geopolitik (Karl Haushofer). Ansätze, in denen die Region das Ganze, den identitätsstiftenden Faktor darstellt, blieben dagegen in Deutschland Ausnahmerecheinungen. Die Zielvorstellung des Nationalrevolutionärs Henning Eichberg von einer „Balkanisierung für jedermann“ auf europäischer Ebene blieb in der extremen Rechten weitgehend isoliert.

In der Tat schien in der Nachkriegszeit für die deutsche extreme Rechte das Problem der Wiedergewinnung der Souveränität und der staatlichen Integrität absolute Priorität gegenüber der konkreten Ausgestaltung des föderalen Systems zu besitzen. Wie einerseits Europakonzeptionen aus diesem politischen Spektrum Mangelware blieben, kümmerte man sich andererseits kaum um den Unterbau des nicht in Frage gestellten Nationalstaates. Dessen föderale Gliederung wurde seit der Gründung des Deutschen Reiches auch nie ernsthaft in Zweifel gestellt, sogar von den Nazis als Fassade beibehalten. Die Herkunft Deutschlands aus der Kleinstaaterei bedingte es, dass der Zentralismus in wichtigen Bereichen durch regionale Gegengewichte abgemildert wurde.

Frankreich, geprägt durch die Revolution von 1789 und den Jakobinismus, kennt eine solche Tradition nicht. Die Hauptstadt Paris verfügt nahezu über Allmacht; sogar die Präfekten der Departments werden von der Regierung eingesetzt. Jede autonomistische Regung wurde misstrauisch beäugt und im Zweifelsfall unterdrückt. Die französische extreme Rechte, die Formel eines „einigen und unteilbaren“ Frankreichs teilend, unterstützte diesen Kurs nicht nur, sondern versuchte gar, den

herrschenden Zentralismus noch zu überbieten. Gelegentliche Abspaltungen wie Alsace d'abord (Elsass zuerst) des früheren Front National-Funktionärs Robert Spieler waren die Folge.

Späher allerdings war, wie etliche Kader des FN, deutlich beeinflusst durch die Ideologie der „Neuen“ Rechten. Und seit der Gründung 1968 versucht der GRECE, eine Politik „Jenseits des Nationalismus“ (Thierry Maulnier) in mehrfacher Hinsicht ideologisch zu begründen. Einerseits müsse die nationalistische Thematik gleichgewichtig durch die soziale ergänzt werden. Und andererseits gelte es, die Nation nach „oben“ - in Richtung eines europäischen Reiches - und nach „unten“ - in Richtung eines regionalistischen Ansatzes - gleichzeitig zu überwinden. Autonomisten wie der Bretoner Yann Fouéré sahen folglich im GRECE einen natürlichen Bundesgenossen für ihre Forderung nach einem „Europa der 100 Fahnen“.

■ „Widerstand gegen die weltweite Homogenisierung“ ■

Dass diese traditionelle Zusammenarbeit zwischen Regionalisten und Nouvelle Droite noch immer Bestand hat, hatte auch das nationale Kolloquium des GRECE, das am 4. Februar in Paris zum Rahmenthema „Europa und die Regionen: Rückkehr zum Lokalen - Basisdemokratie - 'Souveränitätsdenken' und Föderalismus“ stattfand, unterstrichen. Zu den Rednern zählte nämlich Didier Patte, seit 30 Jahren führend aktiv im Mouvement normand und Chefredakteur der autonomistischen Zeitschrift „L'Unité Normande“. Patte arbeitet seit den siebziger Jahren mit der Nouvelle Droite zusammen und ist damit keine Ausnahme in autonomistischen und regionalistischen Kreisen. Seine Ausführungen über die durch ihn geleitete Organisation wurden durch Alain de Benoist präzisiert, der „Jenseits des Nationalismus: Welche Machtbefugnisse für die Regionen?“ fragte. An einer Podiumsdiskussion über die Umverteilung der Macht im Europa des 21. Jahrhunderts nahm neben Patte und dem führend am Versuch einer Wiederbelebung der Action Française beteiligten Pierre Pujo der Belgier Luc Pauwels teil, der in der Europäischen Union einen notwendigen Zwischenschritt zu einem föderal gegliederten Europa sieht.

Der Nationalstaat, so lautet der Befund, befinde sich in der Krise. Er werde durch den europäischen Einigungsprozess, die Umgestaltung der Welt in

Kontinentalmächte sowie die verschiedenen Ebenen der Globalisierung von oben überwunden. Doch auch von der Basis her werde er in Frage gestellt. Der Rückzug der Bürger aus dem öffentlichen Leben, der Vertrauensverlust der politischen Klasse sowie nicht zuletzt ein verstärktes Beharren auf den „ethnokulturellen Identitäten“ seien Beispiele für diesen Trend. Frankreich biete das Bild einer „blockierten Gesellschaft“, denn während in Großbritannien und Spanien die regionalen Befugnisse in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet wurden, bleibe es eine Ausnahmeerscheinung, indem die „regionalen Identitäten“ mit Misstrauen betrachtet würden.

Alain de Benoist, Chefideologe dieser Strömung der „Neuen“ Rechten, sieht in dieser Situation die „Stunde der Mikropolitik“ für gekommen. In der Jubiläumsausgabe der „*Eléments*“ (Nr. 100, März 2001) sieht er im „Lokalismus“, quasi einer Zuspitzung des Regionalismus, eine „Antwort auf die Globalisierung“. „Der Begriff der Gemeinschaft“, so Benoist, „ist direkt an den der lokalen Demokratie gekoppelt.“ Im Gegensatz zu den individualistischen Zielen der Französischen Revolution, die den Einzelnen von der Gemeinschaft getrennt hätten, müsse heute die „kollektive Dimension“ diejenigen vereinigen, die eine gemeinsame Sache teilen. „Zu meiner Gemeinschaft gehört derjenige, der im Alltagsleben mit den gleichen Problemen konfrontiert ist wie ich“. An die Überlegungen Henning Eichbergs anknüpfend, fordert Benoist eine „offene, dynamische Wiederverwurzelung“, die nicht für Ausschluss und Geschlossenheit stehe. Benoist kommt zu der Schlussfolgerung: „Der Widerstand gegen die weltweite Homogenisierung kann sich nur auf lokalem Niveau vollziehen. Global denken, lokal handeln: das ist die Losung der Mikropolitik.“ Es gehe um eine umfassende Dezentralisierung gegen die Abstraktheit und Ferne des Nationalstaates.

Nun ist dieser Rückgriff auf das Gegensatzpaar „Gemeinschaft - Gesellschaft“ seit Ferdinand Tönnies weder neu noch originell. Die Gesellschaft steht stets für das Kalte und das Technische, die Gemeinschaft dagegen für Nähe, Wärme und Natürlichkeit. Die Nouvelle Droite muss allerdings bei ihren Entwürfen einer „Mikropolitik“ gar nicht auf die deutsche Geistesgeschichte zurückgreifen. In der französischen Entsprechung der Konservativen Revolution, bei den so genannten „Nonkonformisten der Dreißiger Jahre“, gab es mit der philosophischen Richtung des „Personalismus“, kon-

zentriert im Kreis um die Zeitschrift „*Ordre Nouveau*“, eine Strömung, aus der wichtige Theoretiker des Regionalismus in Frankreich hervorgingen. Sowohl der Schweizer Denis de Rougemont als auch Alexandre Marc gelten als entscheidende Vordenker eines europäischen Einigungsprozesses, der sich auf die Regionen als wichtigste Basis stützt. Beide spielten in der Nachkriegszeit eine wichtige Rolle in der Bewegung eines europäischen Föderalismus.

Da ihre Arbeiten aus der Zwischenkriegszeit zumindest von Distanz gegenüber der Demokratie zeugen und wichtige alte Weggefährten des GRECE wie Thierry Maulnier dieses Gedankengut ihrer früheren Weggefährten vermittelt haben, ist der Stallgeruch gewährleistet. Wenn solche Personen als ideologische Ahnen vereinnahmt werden können, schafft dies zugleich die notwendige Reputierlichkeit bei der durch den Jakobinismus geprägten extremen Rechten des Landes. Da wiegt es für Benoist und seine Gefolgsleute wenig, dass sich Rougemont der Schwächen des Regionenbegriffs sehr wohl bewusst war: Der könne „zuweilen ethnisch sein, rein ökonomisch in anderen Fällen - sehr häufig eine Mischung aus beiden Fällen. dabei gibt es eine große Unbestimmtheit“.

Genau diese Unbestimmtheit will die Nouvelle Droite für sich nutzen. Interessant wird der „Lokalismus“-Ansatz des GRECE nämlich erst durch den Umstand, dass man sich nicht auf eine Rezeption und Wiederbelebung älterer Vorstellungen beschränkt, sondern versucht, Konzeptionen, die außerhalb des Kerns der „Neuen“ Rechten entwickelt worden sind, in den eigenen Ideologiekorpus zu integrieren. Dies gilt beispielsweise für die bioregionalistischen Ansätze des internationalen Netzwerkes Planet Drum Foundation. Peter Berg, der Vorsitzende dieses Dachverbandes, der mit den Unabhängigen Ökologen auch über eine deutsche Sektion verfügt, kommt in dem Jubiläumsheft der „*Eléments*“ ebenso im Interview zu Wort wie die italienische „Geophilosophin“ Luisa Bonesio, die die Zeitschrift „*Tellus*“ herausgibt, mit einem Aufsatz. Während Berg ökologische Konzepte in den Regionalismus integriert, greift Bonesio Arbeiten Ernst Jüngers und Martin Heideggers auf. Beiden geht es letztlich, wie auch dem GRECE, um die Bestimmung des Begriffs „Heimat“. Ob der GRECE der Ideologiediskussion der französischen extremen Rechten mit seinem Lokalismus-Konzept erneut Impulse geben kann, darf bezweifelt werden. Dazu mangelt es an Konkretheit. *Jean Cremet*

Verfassungsschutz**Braune Symbiose**

In Schleswig-Holstein gilt der NPD-Landesverband als besonders radikal. Die rechte Szene wird insgesamt militanter.

Während die Mitgliederzahl rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein konstant geblieben ist, hat die Gewaltbereitschaft der rechten Szene im Jahr 2000 von 24 auf 35 Taten zugenommen. Die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund gab der zuständige Innenminister Klaus Buß (SPD) mit 860 (1999: 402) an. Das Schmieren von Hakenkreuzen, SS-Runen und verbale Propagandadelikte machten den Großteil (insgesamt 85 Prozent) der Gesetzesbrüche aus. Weniger eine Radikalisierung als die gestiegene Sensibilisierung der Ordnungsbehörden hätten zu der stärkeren Registrierung der Straftaten geführt, sagte Buß.

Diese Einschätzung trifft zumindest nicht auf den gewaltbereiten Flügel des landesweit 1450 (1999: 1480) Personen starken rechten Lagers zu, wie der Sozialdemokrat zugeben musste. Die militante rechtsextremistische Vorhut, heißt es im aktuellen Bericht der Verfassungsschützer, witterte eine Chance auf Erringung der Macht nur „außerhalb der Spielregeln des Systems“. Federführend seien der radikale Flügel der NPD und die „Freien Kameradschaften“, die ihr gewaltbereites Fußvolk aus der 360 Aktivisten (1999: 300, 1998: 270) zählenden Skinhead-Subkultur rekrutierten. Diese rechtsextremistische Subkultur setzt sich aus Skinheads und „Freien Nationalisten“ zusammen, die „in einer Art Symbiose mit dem schleswig-holsteinischen Landesverband der NPD leben“.

Die Schlapphüte beobachteten im Unterschied zu den Vorjahren eine Situation, die von einer erhöhten Aggressivität und ständiger Aktionsbereitschaft geprägt sei. Minister Buß sagte, bei den Gewalttätigkeiten handele es sich um immer jüngere Rechte, die beim „Kampf um die Straße“, also um öffentliche Wahrnehmung und Räume, zu schweren Straftaten bereit seien. Insgesamt 360 der knapp 1500 Rechtsextremisten gelten als gewaltbereit.

Durch keine nennenswerten Aktivitäten aufgefallen sind die schleswig-holsteinischen Landesverbände von Republikanern mit 100 (1999: 120) und

DVU mit 700 Mitgliedern (wie im Vorjahr). Die NPD in Schleswig-Holstein mit jetzt 220 Mitgliedern (1999: 200) ist nach Einschätzung der Verfassungsschützer mittlerweile der radikalste Landesverband der Partei in der Bundesrepublik. Im nördlichsten Bundesland fielen die Ideen des Partei-Vorsitzenden Udo Voigt auf „besonders fruchtbaren Boden“. Bereits 1997 hatte Voigt erklärt, mobilisierbar seien nicht „vernünftige Bürger“, sondern vor allem junge Menschen, die um ihre berufliche Zukunft und ihr nationales Selbstwertgefühl betrogen würden. Der NPD-Parteichef zielt mit seinen Äußerungen auf die in den Städten Neumünster, Kiel und Lübeck konzentrierte Skinhead-Szene ab. Passend zu dem revolutionären Ansatz der NPD hatte der Lübecker Neonazi Jürgen Gerg den Landesvorsitz im Oktober 2000 zeitweilig übernommen (s. BNR 22/00), woraufhin der NPD-Bundesvorstand den „organisatorischen Notstand“ gegen den Landesverband verhängte und als kommissarischen Leiter den NPD-Vize Hans Günter Eisecke einsetzte. Mit Peter Borchert amtiert jetzt allerdings seit Februar wieder ein ausgewiesener Neonazi als Landesvorsitzender.

Die Tendenzwende in Richtung Militanz der rechten Szene verdeutlicht der Bericht des Verfassungsschutzamtes am Beispiel des bundesweit in die Schlagzeilen geratenen „Club 88“. Nach dessen Gründung im September 1996 diente die Gaststätte zunächst „geringfügig ideologisierten Skinheads“ als Freizeittreff. Politik spielte nur eine Nebenrolle. Vor zwei Jahren erfolgte die Einbindung des Clubs in das „neonazistische Netzwerk Norddeutschlands“, in dem die so genannten Freien Nationalisten um die Hamburger Aktivisten Christian Worch und Thomas Wulff den Ton vorgeben. Probleme bereiten den Staatsschützern auch die zunehmenden Einschüchterungs-Aktivitäten der „Anti-Antifa“. Die hatte auf einen missliebigen, weil gegen Rechts engagierten Gewerkschaftssekretär aus Elmshorn eine „Kopfprämie“ von 10 000 Mark ausgelobt. Motto: „Tot oder lebendig.“

Geistige Munition für extrem Rechte liefern zurzeit drei in Schleswig-Holstein angesiedelte Verlage. Zu den als rechtsextremistisch eingestuften Bücherproduzenten gehören der ARNDT-Buchdienst/Europa Buchhandlung (Martensrade bei Plön), der Verlag Tim Schatowitz (Burg) und die Versandbuchhandlung Gisela Stiller (Stafstedt). Die Gewerbeausübung untersagt wurde mittlerweile dem Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur in Viöl (Kreis Nordfriesland). *Volker Stahl*

Seitenblick

KZ zu verkaufen**Bund will eines der ersten NS-Konzentrationslager verscherbeln**

Die Ausschreibungsannonce in der „Mitteldeutschen Zeitung“ schwärmt von einem Prachtbau. Als „bedeutendes dreiflügeliges Renaissanceschloss mit Schlosskirche der Nachgotik, ehemaliger Witwensitz sächsischer Kurfürsten“ preist das Bundesvermögensamt Halle das Schloss Lichtenburg in Prettin im Landkreis Wittenberg an.

Derartige Lobpreisungen sind nicht gerade unwahr, aber letztlich doch nur eine Seite in der Geschichte des alten Gemäuers im äußersten Süden Sachsen-Anhalts. Denn kein Wort verliert die Bundesvermögensverwaltung in ihrer Ausschreibung darüber, dass mit dem Renaissanceschloss eines der ersten Konzentrationslager des NS-Regimes zum Verkauf steht. Das zwischen 1577 und 1582 errichtete Schloss wurde 1812 zum Zuchthaus umgebaut. Schon bald diente es der Unterbringung insbesondere politischer Häftlinge, zunächst der März-Revolutionäre von 1848, später der frühen Sozialdemokraten, die sich allein aufgrund ihrer Parteimitgliedschaft durch das Bismarcksche Gesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, strafbar gemacht hatten. Wegen unmenschlicher Haftbedingungen wurde das Zuchthaus im Jahr 1928 endgültig geschlossen.

Gerade diese Haftbedingungen waren es offenbar, die das Schloss für die Nationalsozialisten interessant machten. Kurz nach der Machtergreifung richtete das Hitler-Regime hier eines der ersten Konzentrationslager ein. „Es gab damals drei Sammelager, wie diese Einrichtungen zu dieser Zeit noch bezeichnet wurden“, sagt Josef Gerats vom Interessenverband ehemaliger Widerständler und Verfolgter des Naziregimes. „Aber nur eines dieser Lager unterstand von Anfang an unmittelbar der SS, und das war die Lichtenburg.“

In den Häftlingslisten des KZ finden sich viele bekannte Namen. Der SPD-Reichstagsabgeordnete Friedrich Ebert junior etwa, Sohn des ersten deutschen Reichspräsidenten gleichen Namens. Oder Wilhelm Leuschner, einst sozialdemokratischer Abgeordneter des hessischen Landtages, dann SPD-Innenminister des Landes Hessen. Er wurde nach

dem Hitler-Attentat im Juli 1944 wegen seiner Zugehörigkeit zum Kreisauer Kreis hingerichtet. Es gibt Quellen, denen zufolge auch der spätere SPD-Bundesvorsitzende Kurt Schumacher einige Zeit seiner langjährigen KZ-Haft auf der Lichtenburg zugebracht hat. Was unter Historikern aber umstritten ist. Fest steht dagegen, dass Ernst Reuter hier inhaftiert war, bis zur Machtergreifung der Nazis Oberbürgermeister von Magdeburg und später Regierender Bürgermeister von (West-)Berlin.

Nachdem die männlichen Häftlinge im Jahr 1937 zum Aufbau des Konzentrationslagers Buchenwald abkommandiert und nach Abschluss der Arbeiten dort interniert wurden, wurde die Lichtenburg zum ersten Frauen-KZ überhaupt. Die später im Gas ermordete Antifaschistin Olga Benario wurde hier ebenso gefangen gehalten wie die Tänzerin und Schauspielerin Lotti Huber, die zuvor wegen so genannter „Rassenschande“ denunziert worden war.

Aber nicht nur wegen der vielen prominenten Namen von Häftlingen laufen NS-Verfolgtenverbände gegen den geplanten Verkauf Sturm. „Es gibt schließlich eine Entschließung des Europarates, wonach Konzentrationslager aus der Nazizeit in ihrem ursprünglichen Zustand erhalten bleiben sollen, als Mahnung an die Barbarei des Faschismus“, sagt PDS-Mitglied Josef Gerats. Und der 81-Jährige weiß sich in dieser Einschätzung einig mit dem CDU-Bürgermeister von Prettin, Karl Hennig. „Ich denke, dass das Schloss Lichtenburg mit seiner schrecklichen Geschichte ein ganz besonders sensibles Objekt ist und dass man eine Nutzung finden muss, die der Geschichte des Gebäudes und der Gedenkstätte angemessen ist“, sagt der Gemeindevorsteher, der relativ klare Vorstellungen von einer solchen Nutzung hat. „Gerade in einer Zeit, in der rechte Gewalt und Fremdenhass insbesondere unter Jugendlichen verstärkt auftreten, könnte eine internationale Jugendbegegnungsstätte einen Beitrag zum Abbau von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit schaffen.“

Hennig könnte sich eine gemeinsame Trägerschaft von Land und Bund für eine solche Begegnungsstätte vorstellen, aber die Behörden winken ab. In den öffentlichen Kassen herrscht Ebbe. Und deshalb hat der für das Gedenkstättenprogramm Sachsen-Anhalts verantwortliche Abteilungsleiter des Magdeburger Innenministeriums, Thomas Veil, durchaus Verständnis für die Pläne des Bundes mit der vergangenheitsbelasteten Immobilie. „Das Schloss ist ja eine riesige Anlage, die sehr viel Geld

allein durch die Erhaltung der Bausubstanz verschlingt“, sagt er. Deshalb könne das Land nachvollziehen, dass der Bund das Schloss verkaufen will. Das Land habe sich zwar gerade wegen der seit 1965 bestehenden Gedenkstätte in der Lichtenburg gewisse Mitspracherechte bei der Entscheidung über den endgültigen Zuschlag an einen potenziellen privaten Investor ausgedehnt, sagt Veil. „Aber letztlich bleibt natürlich die Meinung des Eigentümers, also in diesem Fall des Bundes entscheidend.“ Und dessen Ausschreibung sagt nichts von irgendeiner Nutzungsbeschränkung. Das Land geht aber davon aus, dass die Gedenkstätte erhalten bleibt. Schließlich sind für deren Umgestaltung bereits Haushaltsmittel in den laufenden und Verpflichtungsermächtigungen für den nächsten Etat eingestellt. Dieses Geld möchte man auch ausgeben. Mehr aber auch nicht, und eine Übernahme der Gedenkstätte in die Trägerschaft des Landes kommt schon gar nicht in Frage.

Die Gegner des geplanten Verkaufs hoffen jetzt auf Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit. Und einen noch immer recht prominenten Mitstreiter haben sie bereits gefunden. „Ich werde mich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln gegen rein bürokratisch-fiskalische Maßnahmen in Bezug auf Schloss Lichtenburg wehren“, sagt der Sohn des einstigen Lichtenburg-Häftlings Ernst Reuter, der ehemalige Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter. „Und ich weiß genau, dass ich dabei keineswegs allein stehe.“ Auch Reuter unterstützt den Gedanken einer internationalen Jugendbegegnungsstätte. Dass aber ein privater Investor hier eine solche Begegnungsstätte einrichten könnte, glauben weder Josef Gerats noch Karl Hennig. So etwas, meinen das PDS- und das CDU-Mitglied übereinstimmend, würde allenfalls funktionieren, wenn sich Bund und Land doch noch zusammentun und vielleicht noch einen Wohlfahrtsverband als Betreiber mit ins Boot holen. Aber dafür, so schätzen Gerats und Hennig längst ein, fehlt es den Mitarbeitern in Bundes- und Landesbehörden an der notwendigen Sensibilität. Immer wieder sind sie mit einem Argument konfrontiert, wie es sich auch in einem Brief aus dem Magdeburger Innenministerium an Josef Gerats wieder findet. „Um Missverständnisse auszuräumen“, heißt es da wörtlich, „erscheint es mir notwendig, darauf hinzuweisen, dass es sich bei dem vom Bund geplanten Verkauf des Schlosses Lichtenburg nicht um den Verkauf eines KZ's handelt, sondern um den Verkauf der Schlossanlage Lichtenburg, eines Objektes also, das zeitweilig als KZ gedient hat.“ *Eberhard Löblich*

Demokratische Initiativen

Der Opfer gedenken

Eine ungewöhnliche Dokumentation liegt jetzt vollständig vor

Den Anfang machte Ulrike Puvogel 1987. Damals erschien, bahnbrechend und längst vergriffen, in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung der Band 245 „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“. Er erreichte eine Auflage von 20 000 Exemplaren. 1995 (Nachdruck 1996) folgte der erste Band einer stark erweiterten Neuauflage, zweispaltig und im Lexikonformat, der auf 840 Seiten die Gedenkstätten in Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein dokumentierte. Erfreulicherweise ist nun auch der zweite Band anzuzeigen: Er umfasst Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen - eine Dokumentation von fast tausend Seiten, die akribisch und mit Blick für das konkrete und sprechende Detail die jeweiligen Gedenkstätten beschreibt, und zugleich ein konzentriertes Geschichts- und Geschichtenbuch von ungewöhnlicher Anschaulichkeit darstellt.

Einleitend gibt Ulrike Puvogel einen differenzierten Überblick über die Gedenkkultur in der DDR und zeichnet die Entwicklung nach vom anfänglichen, gewissermaßen ursprünglichen Antifaschismus von Unten zum staatlich verordneten Ritual, die sich dann in der Ausgestaltung der einzelnen Gedenkstätten wiederfindet. Von besonderem Interesse sind auch die Umwidmungen und Ergänzungen vieler Gedenkstätten im Gefolge des Umbruchs von 1989/90: Da werden Sowjetsterne durch Kreuze ersetzt, den Opfern des Faschismus die des Stalinismus beigesellt - die Autorinnen des Bandes folgen auch diesen Ausprägungen des Zeitgeistes mit großer Präzision. Der Bundeszentrale für politische Bildung ist mit diesem sorgsam erarbeiteten und ungewöhnlich gründlichen Kompendium, dem man eine weite Verbreitung wünscht, ohne jede Einschränkung zu danken. *Theo Meier-Ewert*
Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, Bd. II, Eine Dokumentation von Stefanie Endlich, Nora Goldenbogen, Beatrix Herlemann, Monika Kahl und Regina Scheer, Konzeption, Projektleitung, Redaktion: Ulrike Puvogel, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1999, 990 Seiten.

Demokratische Initiativen

Politische Botschaft

Die Wut des Schriftstellers Johannes Mario Simmel

Man tut wohl dieser Gesellschaft kein Unrecht mit der Feststellung, dass sie alles und jeden, namentlich aber die Prominenten, in Klischees pressen möchte. Das gilt für Künstler wie für Politiker, für Talkmaster wie für Literaten. Nennt man den Namen Johannes Mario Simmel, so lautet das Echo „Trivialliteratur“. Das Klischee ist absolut falsch.

Selbst Simmel-Kenner werden von seinem jüngsten Werk „Die Bienen sind verrückt geworden“ überrascht sein. Wer in dieser Zeit von einem Autor der Weltgeltung Simmels ein klares und mutiges politisches Bekenntnis gegen Rassismus und Rechtsextremismus, gegen Verlogenheit und rücksichtslose kapitalistische Profitjagd für nötig hielt, der findet es in der Sammlung „Reden und Aufsätze über unsere wahnsinnige Welt“. So war die erste Vorstellung mehr als nur eine Buchlesung, es war die Verkündung einer Botschaft des Autors. Und es war kein Zufall, dass er dafür den lange vor Veranstaltungsbeginn hoffnungslos überfüllten Saal des Berliner Jüdischen Gemeindehauses wählte. Ehe Iris Berben Ausschnitte vorzutragen begann, sprach sie aus, was sie mit dem Autor verbindet: Wut, Wut über die abhanden gekommene politische Moral, über Antisemiten und Ausländerfeinde, deutschtümelnde Heuchelei und „deutsche Leitkultur“.

Demonstrativ zitiert Simmel im Vorwort das Motto eines früheren Romans: „Ich trinke auf das Wohl aller weisen Politiker und tapferen Generäle, aller wunderbaren Ideologen und verehrungswürdigen Bewahrer sämtlicher Religionen, die in dieser Welt seit Jahrtausenden um Frieden, Glück und Gerechtigkeit kämpfen - und auf das Wohl aller armen Schweine, die diesen blutigen Schlamassel auszubaden haben.“ Dann spannt er in seiner Auswahl der Reden und Artikel den Bogen von jener Mainacht 1945 in Hamburg, als er mit seiner Mutter im Radio die Worte hörte: „Der Krieg ist zu Ende“, bis zu den milden Urteilen eines „gütigen Richters“ im Gubener Hexenjagdprozess im November 2000, die Bundestagspräsident Wolfgang Thierse zur Empörung des Deutschen Richterbundes durchaus zutreffend einen Skandal nannte.

„Verflucht sei Adolf Hitler“ heißt ein Artikel im Kapitel „Aus der Wut heraus“, in dem er seinen ganzen Zorn herausschreit, dass es nach allem, was in Deutschland geschah, schon wieder eine NPD gibt, jüdische Friedhöfe geschändet und jüdische Grabsteine umgestürzt werden, dass keiner der blutigen Nazirichter jemals zur Verantwortung gezogen wurde. Was, fragte eine Redakteurin der „Zeit“, sind Ihre ganz persönlichen Wuterreger? Simmels Antwort: „Denk ich an Nazis in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“

Vor der Jüdischen Gemeinde in München erinnert Simmel, selbst Sohn eines jüdischen Sozialdemokraten, an die Antwort eines Rabbinen auf die Frage, ob man Tote lebendig machen kann. „Ja, indem man immer an sie denkt.“ Jeder müsse stets der Toten und des Entsetzlichen eingedenk sein, das geschah. „Wir dürfen es niemals vergessen. Es muss lebendig bleiben.“ Den Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ empfindet er als unerträglich. „Das was geschah, kann man nicht bewältigen. Es ist geschehen. Man kann - vielleicht - daraus lernen.“

Anrührend ist sein Nachruf auf Willy Brandt. Brandt hatte Simmel, als er ihn schon lange kannte, seine Empfindungen in dem Augenblick beschrieben, als er am Ghetto-Mahnmal in Warschau niederkniete. Er habe auch daran gedacht, dass Fanatismus und die Unterdrückung von Menschenrechten trotz Auschwitz kein Ende gefunden haben. Fürchterlich habe sich sein Gedanke seither in den Verbrechen der Rechtsextremen und Neonazis in Deutschland bestätigt, stellt Simmel fest. Niemals brauchten wir ihn so sehr wie nun, da er tot ist. Er hätte sich den Verbrechern entgegengestellt. „Willy Brandt war der Beste, den Deutschland seit Kriegsende auf politischem Gebiet (und weiß Gott nicht nur auf diesem) besaß ... Ich habe ihn verehrt, bewundert und geliebt und ich werde ihn weiterlieben, bis ich sterbe.“

Es wäre freilich falsch, in „Die Bienen sind verrückt geworden“ allein ein politisches und menschliches Bekenntnisbuch zu sehen. In einigen Episodenschilderungen wie „Ganz kleine Kinderschuhe“ oder „Das Böse tut niemals siegen“ und in dem Beitrag, dem der Buchtitel entstammt, finden sich auch großartige Kostproben Simmelscher Erzählkunst, die das Lesen selbst bitterer Wahrheiten zum literarischen Genuss machen. *Ralf Bachmann*
Johannes Mario Simmel, Die Bienen sind verrückt worden, Verlag C.H. Beck München 2001, DM 19,90. ISBN-3 406 459595

Bücherschau

Schläger hautnah

Im Rahmen eines Forschungsprojektes über rechtsextremistische Gewalttäter führte die Sozialwissenschaftlerin Christiane Tramitz lange Gespräche mit Angehörigen der Skinhead-Szene, die nach einschlägigen Straftaten im Gefängnis saßen. Aus den Aufzeichnungen der Interviews und persönlichen Eindrücken entstand ihr Buch „Unter Glatzen. Meine Begegnungen mit Skinheads“.

Tramitz will durch die Konzentration auf Einzelschicksale nicht den individuellen Weg hin zur rechtsextremistisch motivierten Gewalttat hinter statistischen Daten verschwinden lassen. Vielmehr geht es ihr um die möglichst authentische Beschreibung der Lebenssicht gewalttätiger rechtsextremer Skinheads, die sich aus deren Selbstdarstellung ergibt. Insofern handelt es sich, wie die Autorin selbst bemerkt, um ein „gänzlich unwissenschaftliches Buch ... ohne jeglichen Anspruch auf Verallgemeinerung“ (S. 13). Es führe keine objektiven Ergebnisse auf, die sich auf Statistiken stützen. Es handele sich schlicht um Ahnungen, Eindrücke und Gefühle. Entsprechend präsentiert sich das Buch in der Art einer Reportage oder eines Tagebuches. Tramitz schildert Begegnungen mit zahlreichen inhaftierten Skinheads, die in Interviews ausführlich über ihren familiären Hintergrund, ihre Einstellungen und Motive, aber auch über die Durchführung ihrer Gewalttaten Auskunft geben. Unterbrochen werden diese anonymisierten Interviews von persönlichen Reflexionen der Autorin, die dabei ihre Abscheu, Angst und Wut ausdrückt und deren individuelle Verarbeitung beschreibt.

Ein verallgemeinerbares Resultat formuliert Tramitz nicht, ein solches kann auch nicht aus ein paar Biografien abgeleitet werden (vgl. S. 299). Gleichwohl stellt sie neben einem hohen Ausmaß an Aggressivität, Brutalität und Gewaltgeneigtheit fest, dass sich viele Biografien wiederholten: „Mal war der Vater Alkoholiker, mal die Mutter, mal beide. Mal war da ein Vater, der als NPD-Mitglied auf den politischen Werdegang des Sohnes Einfluss hatte, mal der Großvater, der vom Krieg schwärmte, mal die Geschichtslehrer, die die Historie 'falsch' beschrieben hatten“ (S. 209). In vielen Fällen war die Kindheit der Interviewten von gewalttätigen Züchtigungen durch die Eltern, in allen Fällen von seelischen Erniedrigungen, Grausamkeiten und Her-

absetzungen geprägt (vgl. S. 140). Dies erklärt möglicherweise auch, warum einzelne der Gewalttäter zugleich schüchtern und aggressiv wirkten. Aber auch daraus könne nicht ein allgemeiner Erklärungsfaktor abgeleitet werden, denn nicht alle in ihrer Kindheit gedemütigten und geschlagenen Menschen werden rechtsextremistisch motivierte Gewalttäter.

Mit einer Analyse ihres Informationsmaterials lässt Tramitz somit ihre Leser weitgehend allein, sollen Interpretationen doch deren Einfühlungsvermögen überlassen bleiben (vgl. S. 299). Das Buch liefert somit keine Auseinandersetzung um die Frage von Ursachen, sondern verweist auf die Authentizität des Dargestellten. Dies muss man sicherlich so akzeptieren, liegt hierin doch in der Tat der besondere Reiz. Indessen hätte man sich von einer Sozialwissenschaftlerin etwas mehr in Richtung Analyse gewünscht. *Armin Pfahl-Traughber*
Christiane Tramitz, Unter Glatzen. Meine Begegnungen mit Skinheads, München 2001 (Droemersch Verlagsgesellschaft), 318 Seiten, DM 39,90

Hinweise

Berlin - In der Reihe „Lebenszeugnisse“, die vom Zentrum für Antisemitismusforschung und dem Literaturforum veranstaltet wird, berichtet am 26. April Armin D. Steuer über das Schicksal der Loevys, einer Berliner Familie jüdischen Glaubens. Die renommierte Bronzegießerei S.A. Loevy hatte die Inschrift „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ gegossen, die zu Weihnachten 1916 über dem Hauptportal des Reichstages angebracht worden war. Firmenleiter waren Siegfried und Albert Loevy. Ihre Familienangehörigen wurden später in Auschwitz ermordet. Der Dokumentarfilmer Steuer hat aus zahlreichen Archiven Dokumente zusammengetragen, die fragmentarisch die Geschichte der Loevys erzählen, von der Zuwanderung 1855 aus der Provinz Posen bis zur Verfolgung, Enteignung, Deportation und Ermordung.
Donnerstag, 26. April, 20.00 Uhr Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestraße 125, Berlin-Mitte

Berlin - In der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin findet am 26. April ein Gesprächsabend mit dem Thema „Orte des Gedenkens: Entwicklung der Erinnerungskultur in Deutschland“ statt. Veranstalter sind die Bundeszentrale für Politische Bildung und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Werkbund Berlin e.V.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Nation&Europa“ (NE), 51. Jg., Nr. 4/2001:**

Nicht dass NE die klassischen rechtsextremen Themen ausgegangen wären. Die Themenfelder Antiamerikanismus (Franz Schönhubers Kolumne), Antisemitismus (der Vorgenannte und der Mitherausgeber Harald Neubauer), das Warten auf den Bewusstseinswandel der Deutschen (Mechtersheimer) werden bedient. Aber es will scheinen, dass die intensivere Auseinandersetzung der Demokraten mit dem Rechtsextremismus und erhöhter Verfolgungsdruck dazu führen, vermehrt entsprechende Aktivitäten widerzuspiegeln. Dies sollte durchaus veranlassen, selbstkritisch auch über die eine oder andere Aktion nachzudenken. Es beginnt mit dem Titelbild, das einen Beitrag des Tengelmannkonzerns gegen den Rechtsxtremismus mittels eines Prospekts aufspießt. Sonderlich fit scheint dessen Werbeabteilung nicht zu sein: Unter der begrüßenswerten Überschrift „gegen braune Gewalt“ ist eine Unterhose abgebildet - der Zusammenhang ist kaum auszumachen -, eher zu der Werbung darunter für ein Sonderangebot des Waschmittels „Ariel“. Harald Neubauer schafft von daher mühelos die Solidarisierung mit der antisemitischen Kampagne des Ex-FPÖ-Chefs Jörg Haider gegen den Vorsitzenden der österreichischen Juden, Ariel Muzicant. Da können schöne Parallelen zu Ignatz Bubis gezogen werde. Die Debatte um die Statistik rechtsextremistischer Straftaten, kein überzeugendes Beispiel für den Kampf gegen Rechtsaußen, wird ebenso aufgenommen wie die um Springerstiefel in Schulen. Gegen andere Aktionen wird unter der Überschrift „Krampf gegen Rechts“ polemisiert, darunter die Weisung an die Soester Kfz-Zulassungsstelle, die Zahlenkombination 88 nicht mehr zu vergeben, weil dies das Geheimzeichen für den Hitlergruß sei oder die Entscheidung der Handelskette Plus, Kleiderständer, die an Hakenkreuze erinnerten, nicht mehr zu verwenden. Franz Schönhuber versucht die Teilung der Amerikaner in die Guten (die Quäker, Charles Lindbergh und Mussolini-Freund Ezra Pound) und die Schlechten (die Juden, Familie Kennedy, Bush und Hollywoods antideutsche Filme). Die Volte von letzteren zum „medialen Masochismus“ der „Kirchs und Bertelsmänner, den 'Bild'-Schützen“, die verantwortlich dafür sind, dass wir die „Hiwis der Amerikaner“ bleiben, sollte er aber doch noch einmal erklären. Hinzuweisen ist noch auf den Le-

serbrief des „Junge Freiheit“-Chefredakteurs Dieter Stein als Erwiderung auf Schönhubers Schelte in der vorherigen Nummer von NE. Voll des Lobes ist der Nachruf auf die BDM-Führerin Jutta Rüdiger, die „unermüdlich für die historische Wahrheit gekämpft“ habe. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jahrgang, 14, 15/2001:

Das Scheitern der Republikaner bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg ist beherrschendes Thema. Für Dieter Stein ist es fraglich, ob sich die „rechtskonservative“ Partei, „die seit Jahren zu Recht gegen das Stigma 'rechtsextrem'“ ankämpfe, von diesem Schock wieder erholen könne. Klaus Hornung sieht die „Anti-Rechts-Kampagne“ gegen die REP gerade in Baden-Württemberg als ursächlich an (14/00). Thorsten Thalers Berichterstattung durchzieht der Wunsch, die REP wollten an ihrem Vorsitzenden Schlierer und dem von ihm vertretenen Kurs festhalten. Er zitiert ein Schreiben des REP-Geschäftsführers Gerhard Tempel, der neben anderen den baden-württembergischen REP-Landeschef und Schlierer-Widersacher Christian Käs der Verantwortung für die Wahlniederlage bezichtigt. Andreas Mölzer sieht „das vorläufig letzte Experiment einer demokratischen Rechtspartei in der Bundesrepublik misslungen“. Schlierer verfüge nun mal nicht über das „mediale Charisma“ eines Jörg Haider, zu dem er selbst immer wieder Parallelen ziehe. Mit Haider hätte es einzig Franz Schönhuber in seinen besten Jahren aufnehmen können, meint Mölzer. Den REP mangelte es letztlich „an Integrationskraft, an Führungsstärke und Überzeugungsfähigkeit“, resümiert der enge Mitstreiter Haiders (15/01). Joachim Siegerist, Vorsitzender des rechtsextremen Vereins „Die Deutschen Konservativen“, zieht in der Kündigung des Vereinskontos durch die Hamburger Sparkasse eine perfide Parallele. 1935 hätten auf Druck der Nazis jüdische Konten gekündigt werden müssen, was erschreckende Ähnlichkeit mit heute habe, führt er im Interview mit Dieter Stein aus (14/01). Als „Unverschämtheit“ bezeichnet es Stein, dass die JF im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Bundes Erwähnung findet. Stein mokiert sich dabei insbesondere über das im Bericht angeführte Beispiel des Spendenaufrufs der JF zugunsten des „rechtsextremistischen 'Dark Wave'-Musikers“ Josef Klumb. Der sei „ein romantischer Sänger, aber sicher kein Extremist“, meint Stein. Beklagt wird, dass die Republikaner, im Gegensatz zu der ebenfalls im Bericht erwähnten PDS, isoliert, boykottiert und die Parteimitglieder mit Disziplinarverfahren überzogen würden (15/01). (gn)

Meldungen

Inland

■ **Berlin** - Nach längerer Pause präsentierte der neonazistische Kampfbund Deutscher Sozialisten um den ehemaligen SEW- und KPD-Funktionär Michael Koth im März eine neue Ausgabe seines „theoretischen Organs“ mit dem Titel „Wetterleuchten“. Ein Pseudonymus Micha Togram, bei dem es sich um Koth selbst handeln dürfte, legt darin ein 40seitiges Papier mit sieben Thesen vor, um den „Antikapitalismus von Rechts - Grundriss eines sozialistischen Nationalismus“ darzustellen. Die Grundthese der Ausführungen, die deutliche Übereinstimmungen mit der NS-Ideologie aufweisen, lautet: „Im Zeitalter der Globalisierung ist nicht die internationale Linke sondern die nationale Rechte die wahre antikapitalistische Kraft, die dem internationalen Kapitalismus Grenzen setzt, um den Nationalstaat als sozialen Schutzraum zu erhalten und auszubauen.“

■ **Duisburg** - Zwischen den Duisburger Jungen Nationaldemokraten (JN) und Benjamin Poleck, stellvertretender JN-Landesvorsitzender von Niedersachsen und Kopf des JN-„Stabes für Neue Medien“, ist ein Streit um die Aufmachung der Duisburger JN-Homepage entbrannt. Die Duisburger JN sollen sich an die Leitlinien des JN-Bundesvorstandes für „Netzseiten“ halten und sowohl das Symbol der „Revolutionären Plattform“ (RPF) als auch einen martialisch dreinschauenden Söldner in Kampfausrüstung sofort entfernen.

■ **Hamburg** - Die Hamburger Republikaner haben eine neue Führungsspitze. In der Vergangenheit hatte es gegen den Landesvorstand Ordnungsmaßnahmen gegeben, da wiederholt gegen die Abgrenzungsbeschlüsse des Parteipräsidiums verstoßen worden war. Die Zusammensetzung des neuen Vorstandes, der auf einem Landesparteitag am 24. März gewählt wurde, spricht nicht für eine Änderung der Ausrichtung. Neuer Landesvorsitzender ist Thomas Nissen (Jahrgang 1948), der sich bislang mit seiner lokalen Gruppe „Aufbruch '99“ an der Sammlung der extremen Rechten versucht hatte. Für einen oppositionellen Kurs gegen Schlierer steht auch der stellvertretende Landesvorsitzende Jan Pigors. Von der Partei Rechtsstaatliche Offensive von Richter Schill kommen mit Michael Schumann ein weiterer Stellvertreter und der neue Schatzmeister Jürgen Haas.

■ **Kiel** - Der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein kommt nicht zur Ruhe. Nachdem am 24. Februar mit Peter Borchert ein Worch-Gefolgsmann an die Spitze des Landesverbandes gewählt worden ist, haben sich einer Mitteilung des NIT Hamburg zufolge „viele ehemalige Funktionäre dazu entschlossen, aus der NPD auszutreten“. Dazu gehören der frühere Landesvorsitzende Ingo Stawitz, Vorstandsmitglied Reinhard Kessow und der bisherige Kreisvorsitzende von Ost-Holstein, Rainer Schütt. Das NIT berichtet auf seiner Internetseite von „Flügelkämpfen zwischen traditionell nationaldemokratischen Mitgliedern einerseits und Anhängern des Nationalsozialismus aus dem Spektrum der sogenannten ‚Freien Nationalisten‘ andererseits“. Der „gezielte Masseneintritt“ von Vertretern dieser zweiten Gruppe habe dazu geführt, dass sich der NS-Flügel durchgesetzt habe. Das NIT nennt Borchert einen „einschlägig vorbestraften Gewalttäter“.

■ **Kiel** - Im Vorwort seines neuen Versandkataloges (34. Folge) agitiert Dietmar Munier, Geschäftsführer des Orion-Heimreiter Verlages, des Arndt-Verlages, des Arndt-Buchdienstes / Europa-Buchhandlung, der Lesen und Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH sowie Bernstein-Reisen, kräftig gegen Spitzenpolitiker der im Bundestag vertretenen Parteien, allen voran gegen führende Vertreter der Regierungskoalition. Bundeskanzler Schröder wird als „Juso-Marxist, Wiedervereinigungsgegner, Vertriebenenverächter und PDS-Hofierer“ denunziert und Außenminister Fischer als „Kriegstrommler und Demokratieverächter“ beschimpft. Munier ruft dazu auf, Deutschland vor diesen „Zerstörern“ und „Deutsch-Selbsthassern“ zu schützen. Für den Verfassungsschutz des Bundeslandes gilt der Munier-Komplex als „bedeutendster rechtsextremistischer Verlag in Schleswig-Holstein und einer der bekanntesten im Bundesgebiet“.

■ **Lübeck** - Die Staatsanwaltschaft in Lübeck hat gegen den 46-jährigen Rechtsextremisten Dieter Kern, Kopf und Mitbegründer des „Bündnis Rechts“, vormals Aktivist bei NPD und DLVH, Anklage wegen „Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen“ erhoben. Kern, Mitarbeiter beim städtischen Umweltamt, wird vorgeworfen, in dem vom „Bündnis Rechts“ herausgegebenen Blatt „Lübscher Aufklärer“ eine Anzeige veröffentlicht zu haben, die für T-Shirts und Ärmelaufnäher mit einem Totenkopf wirbt, der dem „SS-Totenkopf“ gleicht.

■ **Marburg** - Am 7./8. April führte die Deutsche Burschenschaft einen außerordentlichen Burschentag durch. Tagesordnungspunkt war die Behebung der gravierenden Finanzkrise des Verbandes, die durch die Liegenschaften in Eisenach verursacht worden ist. Politisch dagegen bleibt der Kurs der Burschen unverändert. Bei der jüngsten Tagung des „Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit“ Ende Januar in Rüsselsheim referierten zum Rahmenthema „Der Nationalstaat im 21. Jahrhundert“ Karl Ludwig Bayer, General a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, Eberhard Hamer und Stephan Maninger - allesamt bekannt durch Aktivitäten im Bereich zwischen Konservatismus und extremer Rechter. Bei einer Reichsgründungsfeier in diesem Rahmen sprach Oliver Harf von der radikal-völkischen Burschenschaft Libertas Brunn zu Aachen.

■ **München** - Auch in diesem Jahr veranstaltet der FZ-Verlag / Deutsche Reisen aus dem Frey-Verlagsimperium eine Leserreise, die vom 14. bis 21. Juli ins ehemalige Schlesien stattfinden soll. Erster Anlaufpunkt in Polen ist das bei Oppeln gelegene Dorf Althaus. Dazu merkt der Reiseprospekt an: „Das Dorf besitzt zu 85 Prozent deutsche Bevölkerung! Hier werden die Reiseteilnehmer vom Vorstand des Deutschen Freundschaftskreises herzlich ... empfangen und willkommen heißen. Der Vorsitzende des DFK gibt einen kurzen Überblick über die Gründung (1990) und Entwicklung des DFK Althaus und über die derzeitige Lage der hier in ihrer angestammten Heimat verbliebenen Deutschen.“ Es fehlt nicht der Hinweis: „Wir arbeiten ausschließlich mit deutschen Familien zusammen!“ Der Reisepreis beträgt 1.195 Mark.

■ **Schwerin** - Bei der DVU dreht sich weiter das Karussell für Spitzenpersonal auf Landesebene. Neuer Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern ist seit Ende März Axel Hesselbarth, der seit 1999 dem Landesverband Brandenburg vorsteht. Ehefrau Liane Hesselbarth ist Fraktionsvorsitzende der DVU im Potsdamer Landtag.

■ **Spiekershausen** - Am 31. März fand im südniedersächsischen Spiekershausen die Jahreshauptversammlung der Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG) statt. An dem Treffen nahmen rund 400 Neonazis aus Deutschland und Österreich teil, die den Wirt damit getäuscht hatten, sie seien ein „Verein Hilfe für Arbeit“. Die Polizei schottete mit einem großen Aufgebot die gesamte Ortschaft ab und kontrollierte alle Fahrzeuge, ließ die Neonazis jedoch tagen.

■ **Starnberg** - Von den Wahlschläppen der Republikaner im Südwesten versucht die Deutsche Aufbau-Organisation (DAO) um den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Alfred Mechtersheimer zu profitieren. Von einem Sturz in die „Bedeutungslosigkeit“ spricht Mechtersheimer, von einer mangelnden „Bereitschaft zur öffentlichen Provokation“ und fehlenden „klaren Strukturen“ sein Mitstreiter Harald Neubauer, Mitherausgeber von „Nation&Europa“. Beide bestreiten jedoch, dass bei einem Treffen am 7. April in Stuttgart eine neue Partei aus der Taufe gehoben werden sollte. Bereits am 30. März sprach Mechtersheimer im „westlichen Ruhrgebiet“ bei einer von der ehemaligen REP-Funktionärin Katharina Behrend (Leverkusen) organisierten Veranstaltung. Ende Januar war bei einem Treffen der DAO in Wustrow /Brandenburg das Führungsgremium um Roland Wuttke ergänzt worden, der die ausgeschiedene Vorsitzende der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei, Claudia Wiechmann, ersetzen soll.

■ **Stuttgart** - Wolfgang Drexler, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, hat das Finanzministerium aufgefordert, das Stuttgarter Finanzamt anzuweisen, dem Cannstatter Kreis (CK) die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Den Stein ins Rollen brachte das ZDF Politmagazin „Frontal 21“, das über die Steuervorteile des CK berichtet hatte. Der Vizepräsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Jürgen Doll, erklärte gegenüber dem ZDF: „Der Cannstatter Kreis ist eine rechtsextremistische Vereinigung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, über die Grenzen rechtsextremistischer Parteien und Organisationen hinweg die Zusammenarbeit im rechtsextremistischen Lager zu fördern.“ Der CK wurde 1996 von der Steuerpflicht befreit. Begründung: Der Verein fördere die Volksbildung. Referenten beim CK waren bisher unter anderen Franz Schönhuber, Harald Neubauer und Hans-Helmuth Knütter.

■ **Tamm** - Karl-Peter Schlor aus Tamm in Baden-Württemberg, Vorstandsmitglied des extrem rechten Cannstatter Kreises, ist Autor in der aktuellen Ausgabe der holocaustleugnenden „Vierteljahrshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG), die von Germar Rudolf herausgegeben werden. Schlor vertritt in seinem Beitrag „Freiheit braucht Mut“ die Auffassung, dass hierzulande der „so genannte Holocaust“ zur „Quasi-Staatsreligion“ erklärt worden sei. Die Bundesrepublik sei deshalb „kein souveräner Staat“, „weil wir die Lüge von der Unvergleichbarkeit des Holocaust bis jetzt aufrecht er-

halten haben.“ Schlor, früher Mitglied bei NPD und REP sowie Ex-Vorstandsmitglied des Bund Freier Bürger, ist auch Leserbriefschreiber in „Focus“ und „Nation&Europa“.

■ **Ueckermünde/Schwerin** - Der 24-jährige Neonazi Daniel Sass ist einen Tag vor seiner Überstellung in die Haftanstalt Stralsund aus der Justizvollzugsanstalt Ueckermünde geflohen. Bis September hätte Sass, der auf seiner linken Schläfe das Wort „Skinhead“ eintätowiert hat, wegen Fahrens ohne Führerschein, Alkohol am Steuer und schweren Diebstahls einsitzen müssen. Daniel Sass stammt aus der mecklenburgischen Kreisstadt Anklam, einer Neonazi-Hochburg.

■ **Ulm** - Nach öffentlichen Protesten hat die Ulmer Volkshochschule einen Mietvertrag mit dem Deutsch-Arabischen Friedenswerk (DAF) gekündigt. Das DAF wollte am 7. April eine Propaganda-Veranstaltung zugunsten der Machthaber in Bagdad durchführen. Unterzeichner des 1993 verabschiedeten Gründungsmanifestes des Deutsch-Arabischen Friedenswerkes sind unter anderen Alfred Mechtersheimer, Rolf Stolz (Dauerautor in der „Jungen Freiheit“ und Georg Wiesholler (Autor in dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme“).

■ **Werder/Havel** - In Werder an der Havel (Brandenburg) residiert per Postfachadresse (1218) neuerdings ein NS-Devotionalienvertrieb, der sich „hatesounds“ nennt. Im Angebot sind unter anderem einschlägige CDs (zum Beispiel „Kraftschlag“, „Celtic Warrior“, „White Pride“) und T-Shirts mit Aufdrucken wie „88“ oder „Brutal Attack“. Szenekenner vermuten hinter „hatesounds“ die weiterhin vorhandenen Organisationsstrukturen der verbotenen Neonazi-Skintruppe Blood&Honour. Diese hatte kurz vor ihrem Verbot die Postfachadresse ihrer Divisionsleitung von Berlin nach Werder (1204) verlegt.

Ausland

■ **Österreich (Sibratsgfall)** - Der österreichische Holocaust-Leugner Walter Ochsenberger attackiert in seinem März-Rundschreiben den Staat Israel als „Terror- und Rassismus-Regime“ und bezichtigt ihn der „ethnischen Säuberung“ und des „Völkermordes“ an den Palästinensern. Auch in die Nationalstolzdebatte klinkt sich Ochsenberger ein. Demnach können die Deutschen „sehr wohl stolz sein, zum Beispiel auf die großen Leistungen des deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg“.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 08-2001 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

■ **Österreich (Wien)** - Die Wochenzeitung „Zur Zeit“, das österreichische Pendant zur „Jungen Freiheit“, wurde vom Oberlandesgericht Wien dazu verurteilt, wegen „übler Nachrede“ dem Journalisten Karl Pfeifer einen „symbolischen“ Betrag von 50.000 Schilling Schadensersatz zu zahlen. Das Blatt hatte Pfeifer vorgeworfen, eine „Menschenhatz“ gegen den zwischenzeitlich verstorbenen Münsteraner Hochschullehrer Werner Pfeifberger gestartet zu haben. Pfeifer hat auch Privatklage gegen Andreas Mölzer, Herausgeber und Chefredakteur von „Zur Zeit“ erhoben. Verteidigt wurde „Zur Zeit“ von Johannes Hübner, einem Gesellschafter der „W 3“ Verlagsgesellschaft, der Medieninhaberin der Zeitschrift.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.